

FriedensFahrradtour NRW 22

Ansprache Theater Ukraine-Krieg,

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

das war unser kleines Straßentheaterstück zum Ukrainekrieg, mit dem wir zum Nachdenken über mögliche Lösungen des Konflikts und für eine Beendigung des Krieges anregen möchten. Ich begrüße Sie und Euch noch einmal zu dieser Kundgebung im Rahmen unserer diesjährigen Friedensfahrradtour NRW. Eine Woche sind wir unterwegs sein, quer durch NRW und die angrenzenden Niederlande, auf Achse für Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung, für Klima- und Umweltschutz, das ist unser Motto.

Es herrscht Krieg in Europa, zum zweiten Mal seit Ende des Kalten Krieges. Während wir hier stehen, sterben Menschen in der Ukraine, ukrainische und russische Soldaten, ukrainische Zivilisten. Wir und andere Gruppen der Friedensbewegung haben in den vergangenen Jahren vor der wachsenden Konfrontation zwischen Russland und der NATO gewarnt, haben auf neue Aufrüstung und zunehmende Manövertätigkeit auf beiden Seiten hingewiesen. Wir haben in dieser Zeit wohl eher mit einem Krieg aus Versehen, einem Konflikt durch die Eskalation eines Zwischenfalls während so eines Manövers gerechnet als mit einem direkten Angriff einer der beiden Seiten. Seit dem 24. Februar wissen wir es besser, Russland hat die Ukraine angegriffen und seitdem tobt dort ein blutiger Krieg. Für uns als Friedensorganisation ist klar: Wir verurteilen diesen Angriff und fordern Russland zu Einstellung der Kämpfe auf. Wir rufen beide Seiten auf, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und das gegenseitige Töten zu beenden.

Unser Theaterstück hat das Gezerre um die Ukraine gezeigt, die verschiedenen Interessen von Russland aber auch der NATO, diese Land in den jeweiligen Machtbereich zu integrieren. Die Menschen in der Ukraine sind die Opfer, sie zahlen mit Tod, Elend und Zerstörung ihres Landes. Was kann die Lösung in diesem Krieg sein? Viele Menschen auch in unserem Land sind jetzt der Ansicht, dass nur mehr und stärkere Waffen die Lösung sein können.

Forderungen nach Verhandlungen und einem sofortigen Ende der Kämpfe werden als teilweise als Verrat an den Menschen in der Ukraine bezeichnet, es wird gefordert, die Ukraine müsse siegen. Doch die, die den Sieg der Ukraine fordern sind selten die, die dafür auch den Kopf hinhalten müssen. Die Regierungen der NATO schicken immer neue Waffen in die Ukraine, doch mit ihrem Leben für die Fortsetzung des Krieges bezahlen müssen die Soldaten auf beiden Seiten und immer mehr die ukrainischen Zivilisten. Ich habe vor Kurzem einen Bericht über ein russisches Lazarett gelesen, in dem Soldaten ohne Beine, ohne Arme oder mit schwersten Kopfverletzungen behandelt wurden. Gleiches gibt es natürlich auf ukrainischer Seite. Zu verantworten haben diese Leid die, die den Krieg begonnen haben, aber auch die, die ihn um jeden Preis verlängern wollen.. Haben diese Leid auch alle diejenigen im Auge, die bei uns nach immer mehr Waffen rufen?

Häufig hört man in Diskussionen, man dürfe doch die Ukraine nicht im Stich lassen und müsse den Ukrainer:innen überlassen, ob sie weiter kämpfen wollen. Doch wir in den Staaten der NATO übernehmen mit die Verantwortung für all die Toten und Verstümmelten, die durch die Waffenlieferungen aus unseren Ländern mit verursacht werden. Und deshalb müssen sich die Verantwortlichen auch in Deutschland fragen lassen, wie viele tausend Tote ihnen denn der Sieg der Ukraine wert ist.

Doch eines ist klar: am Ende dieses Krieges wird eine Vertragsvereinbarung stehen, da ein militärischer Sieg einer Seite unwahrscheinlich ist, auch wenn einige Akteure im Westen ihn gerne herbeireden möchten. Deshalb rufen wir auch heute hier von dieser Stelle die Kriegsparteien auf, sich jetzt zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen und wir fordern die Regierungen der NATO-Staaten auf, ihrerseits auf die Aufnahme von Verhandlungen zu

drängen. Damit widersprechen wir dem Bundespräsidenten Steinmeier, der in diesen Tagen meinte, man dürfe die Ukraine nicht zu Verhandlungen drängen. Das baldige Ende des Krieges sind wir den Menschen in der Ukraine schuldig, denen unsere Solidarität gilt. Unsere Solidarität gilt auch gerade den Menschen in Russland und auch in der Ukraine, die sich diesem Krieg entziehen, die keine Waffen in die Hand nehmen wollen und deshalb ihr Land verlassen müssen.

Je länger der Krieg dauert umso größer wird auch die Gefahr einer weiteren Ausdehnung. Wir werden in Uedem bei Kalkar die NATO-Kommandozentrale besuchen, in der schon Anfang Februar - also vor dem Beginn des Krieges - ein Stabsmanöver die Zurückschlagung der russischen Truppen nach dem Einmarsch in ein Nachbarland übten. Eine Ausweitung des Ukrainekrieges auf die NATO hätte katastrophale Folgen für unseren Kontinent und vielleicht die ganze Welt. Auch deshalb muss der Krieg beendet werden und wir müssen uns Gedanken machen, wie solche Konflikte in Zukunft zu verhindern sind.

Und wir wollen in diesen ersten Augusttagen auf die wieder neu sichtbare Gefahr eines Atomkrieges hinweisen. Am 6. August, wenn unsere Tour endet, jährt sich der Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima zum 77. mal. Lang Zeit war das Bewusstsein für die heutige atomare Bedrohung in den Hintergrund getreten. In Nörvenich bei Köln sind seit Juni die Atombomber der Bundeswehr stationiert, da ihr Heimatstandort Büchel ausgebaut wird. Nicht nur in Deutschland sind US-Atombomben stationiert, auch im niederländischen Volkel lagern solche Waffen. Auch dort wollen wir Station machen und gemeinsam mit niederländischen Aktivisten gegen die Atomwaffen protestieren. Den Abschluss der Tour bildet eine Aktion in Enschede gemeinsam mit niederländischen Friedensaktivist:innen zur Erinnerung an den Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6. August.

Ein Atomkrieg ist nicht führbar, weil schon der Einsatz nur weniger solcher Waffen unvorstellbare Vernichtung verursachen würde. Und die vermeintliche Abschreckung durch Atomwaffen baut auf der trügerischen Hoffnung auf, Militärs würden rational handeln und vor dem Einsatz dieser schrecklichen Waffen zurückschrecken. Doch wir wissen heute, dass im Kalten Krieg die Menschheit mehrfach nur knapp an der atomaren Vernichtung vorbeigeschrammt ist. Wir brauchen keine atomare Abschreckung, wir brauchen eine atomare Abrüstung. Wir fordern den Abzug der Bomben aus Büchel und den Verzicht auf neue Atombomber. Außerdem fordern wir die Unterzeichnung des UN-Verbotsvertrages für Atomwaffen durch die Bundesregierung!

Nach Ende des Ukraine-Krieges wird die sicherheitspolitische Situation nicht mehr dieselbe sein wie vor dem Krieg. Mit Schweden und Finnland treten zwei weitere Staaten in Nachbarschaft zu Russland der NATO bei und stärken sie beträchtlich. In den NATO-Staaten sind die Kräfte gestärkt worden, die für mehr Konfrontation und Aufrüstung stehen. Wir sehen es in unserem Land, in dem die Ampelregierung ein 100 Mrd.-Programm zur Aufrüstung der Bundeswehr auf den Weg gebracht hat und die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung anpeilt. Das 100-Mrd.-Programm bedeutet, dass schon lange vorliegende Rüstungsprojekte, die nichts mit dem Ukrainekrieg zu tun haben, wie das Kampfflugzeug-Projekt FCAS oder der neue europäische Kampfpanzer auf den Weg gebracht werden können, sehr zur Freude der Rüstungsindustrie, deren Aktien steigen. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung bedeutet, dass Deutschland das Land mit den drittgrößten Rüstungsausgaben in der Welt wird, hinter USA und China, aber weit vor Russland und auch vor Frankreich und Großbritannien. Braucht die Welt wirklich wider eine militärische Großmacht Deutschland? Wir sagen dazu deutlich nein!

Im Juni gaben die fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute ihr diesjähriges Friedensgutachten heraus. Uns sie kommen zu einem für uns wichtigen Ergebnis: "Für die anstehenden Probleme der europäischen Sicherheit, aber auch darüber hinaus für die weltpolitischen Herausforderungen der Klima-, Ernährungs- und Gesundheitskrise, ist die Orientierung an der Idee kooperativer Sicherheit und einer gesamteuropäischen Friedensordnung notwendig." heißt es. Dem stimmen wir ausdrücklich zu! Wir sagen nein zur Konfrontationspolitik in Europa. Wir wollen eine neue Entspannungspolitik auf Grundlage gleiche Sicherheit für alle. Wir wollen ein ziviles, friedliches Europa.

Dauerhaften Frieden in Europa wird es nur geben, wenn wir uns gemeinsam dafür einsetzen. Unsere FriedensFahrradtour zeigt, wie vielfältigen in NRW brisante politische Themen quasi am Wegesrand liegen. Und es ist notwendig, dass wir als Bürger uns damit beschäftigen, unsere Stimme erheben, aktiv werden. Unsere Fahrradtour ist ein Beispiel dafür und ich wünsche allen TeilnehmerInnen und allen, die uns heute ein Stück begleiten eine interessante und anregende Tour.